

# Halle-Neueste Nachrichten

## Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle-Neueste Nachrichten“ erscheinen an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch den Postweg beträgt 2.00 Reichsmark, durch den Postweg 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige. Einzelhefte kosten 10 Pfennige. Die Anzeigen werden nach dem Tarif des Reichsanzeigers berechnet. Die Anzeigen werden nach dem Tarif des Reichsanzeigers berechnet. Die Anzeigen werden nach dem Tarif des Reichsanzeigers berechnet.

### Neues in Kürze.

#### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Handelsrechtliche Ausschuss des Reichstages schließt die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des am 31. Dezember 1925 ablaufenden deutsch-portugiesischen vorläufigen Handelsabkommens um ein weiteres Jahr zu. Die Militärrentenempfänger erhalten für Dezember 1925 eine einmalige Zulassung in der Höhe eines Monats der ihnen für Dezember 1925 zu gewährenden laufenden Versorgungsgehälter.

Die Ergänzungswahl für die beiden ausgeschiedenen Abgeordneten nichtparlamentarischer Parteien ergab die Wahl der Abgeordneten Höfer (Führer des Thüringer Landtages) und Dr. Geor. (D. Vpt.) zu Staatsräten. Von 70 abgewählten Stimmen waren 36 dafür, 29 ungültig, die übrigen fünf waren gesperrt.

Dr. Steiger, der seinerzeit unter dem Verdachte, das Attentat auf den Präsidenten der Republik Polen Wojciechowski angezettelt zu haben, verhaftet und des Verdachts angeklagt worden war, ist vom Reichsgericht mit 8 gegen 4 Stimmen freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen worden.

### Noch keine Lösung in Sicht.

#### Die „bürgerliche Gegenrevolution“.

Der Zentrumstraum von der großen Koalition. / Der Reichstag verlagert sich.

In eine schnelle Lösung der Kabinetskrise glaubte am Donnerstag im Reichstag niemand mehr. Der Reichspräsident hat nun den Reichsführer Lauffer und die Reichsminister ersucht, auch weiterhin die Geschäfte zu führen. Ueber die Neubildung der Reichsregierung werde er rechtzeitig vor dem am 12. Jan. erfolgenden Beginn der Reichstagsverhandlungen seine Entschlüsse bekanntgeben.

Die Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Koch war nur von kurzer Dauer gewesen. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

In der abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abg. Müller-Franzen (Soz.) folgende Erklärung ab: „Die sozialdemokratische Reichstagsopposition erkennt an, daß der Abg. Koch, dessen republikanische und demokratische Überzeugungen außer Zweifel steht, sich auf ein ehrliches Bemühen hat, für eine Regierung der großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelnde Einverständnis der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bestimmungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Koch hat die Deutsche Volkspartei keine Stellungnahme erteilt. Die Fraktion kann in der Voraussetzung, die ihr auf Grund der Vorgesprächen der Parteien neuerdings vorgelegt wurde, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der großen Koalition nicht erblicken.“

### Produktions-Sozialismus

Die von Lohn und Gehalt lebenden Massen in Deutschland gehen einer hartem und gefährlichen Zeit entgegen. Kann ihnen helfen werden? Rat und Tat dürfen nicht aus Wartezeit sein — sondern müssen aus dringlicher oder politischer Not kommen — sonst laugen sie nichts. Wenn aber alle Berufsstände ohne Mühen und ohne Hintergedanken sich zum mindesten im Geist der Volksgemeinschaft, so muß es gelingen.

Überrollung und Verarmung — das ist das Schicksal der Zeit, der wir entgegengehen. Die Verarmung der höheren Stände und des Mittelstandes führt den Nachdruck der höheren Schichten in die proletarische Arbeit herab. Die Folge ist ein Erlöschen der Volksgemeinschaft auf der einen Seite, — der Grund der in einem reichlichen Maße die Stände trennt, verschwindet. Der hohe proletarische Teil findet keinen Anreiz mehr. Es nützt mehr ein kleines Volksgeld. Das ist der Segen der Verarmung.

Aber es kann zunächst auch noch ganz anders kommen. Die Kreise werden auf der ganzen Linie helfen. Weder eine Reichsregierung noch eine Einzelregierung wird es wagen zu tun — denn es ist die Dichtung für die Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahre. Die reelle Kaufkraft der Löhne und Gehälter wird sinken. Jeder deutsche Familienhaushalt wird das Steigen der Not zu fühlen bekommen.

Das heißt: Die Gefahr neuer Radikalisierung der Lohnarbeiterschaft, neuer Störungen des Arbeitsprozesses und damit neuer progreiver Verarmung mit sich. Wie kann nun die deutsche Arbeiterschaft vor der Gefahr durch sich selbst behütet werden? Nur durch einen Denksproh, eine Ideenwandlung, die mit der veränderten Lage kommen wird.

Das politische Denken und Handeln der Lohnarbeiterschaft war im letzten Jahrzehnt geartet. Durch die materielle Lehre vom Klassenkampf. Diese war zwar nichts anderes als das proletarische Gehör zu dem materialistischen Denken der höheren Klassen; — indem sie aber die Massen in Bewegung setzte, wurde sie die Ursache der Revolution.

Die Staatsunzufriedenheit in Warschau hat gegen Fabert Binde, den ehemaligen polnischen Finanzminister und langjährigen Direktor der polnischen Volkspartei, wegen verächtlicher Mißbräuche, die er sich zu zuschreiben lassen, die gerichtliche Untersuchung veranlaßt.

Der Korrespondent des „Matin“ in Paris berichtet, daß Abd el Krim trotz der Friedensangebote, die er durch Cuningham hauptsächlich im Namen der Türkei, sich auf einen neuen Feldzug im Kaukasus vorbereite. Längs der ganzen Front solle er Wege anlegen, Unterstände bauen, große Barackenlager aufzurichten, das Telephon- und Telegraphennetz ausbauen. Außerdem habe eine eigene Kommandoarmee unter dem Namen der Befreiung aller muslimanischen Völker am Mittelmeer.

Infolge des Bankrotts durch die Nationalistenpartei stellt der „Matin“ das größte liberale Blatt von Neapel, bis auf weiteres sein Erscheinen ein. Seine Schreiber, die Vertreter der Sozialisten, wurden vorige Woche wegen Verleumdung des Senates zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, worüber die Revision noch aussteht.

Die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul ging in Genf unter lärmenden Randgebungen der dort weilenden etwa 100 türkischen Staatsangehörigen gegen die Entenankarten vor sich. Die Randgebungen fanden ihren Höhepunkt in „einer heiligen Rede“ der türkischen Delegationsvorsitzenden an die Demonstranten. Er sagte: „Wir werden uns nicht beugen. Verlassen Sie sich darauf, wir sind entschlossen, zu kämpfen.“

Die französische Delegation in Genf empfing die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul. Die türkische Delegation wurde von der französischen Delegation empfangen. Die türkische Delegation wurde von der französischen Delegation empfangen.

Die „Agence Haas“ erklärt, der türkische Außenminister Tewfik Pascha, der Donnerstagsvormittag in Paris angekommen ist, sei nicht vom Ministerpräsidenten Briand empfangen worden.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ führt die Bildung der Sonderkommission, die die geplante Wirtschaftskonferenz unter den Auspizien des Völkerbundes vorbereiten sollte, dürfte mindestens bis zum März aufgeschoben werden. Man weiß zur Zeit darüber hin, daß der Völkerbund und die Sachverständigen mit anderen Worten überhört werden, die wirtschaftliche Krise ist aber vermutlich der extreme Charakter der Vorklage Vorlesung.

In Erfüllung der von ihnen unterzeichneten Schuldenabkommen haben am Mittwoch die ausländischen Regierungen eine Gesamtanzahlung von 65 253 300 Dollar an das amerikanische Schatzamt geleistet. 22 000 000 Dollar wurden von Großbritannien als dritte Teilzahlung seiner Schuld entrichtet. Belgien machte eine erste Zahlung der Zinsen seiner hundertsten Schuld in Höhe von 677 000 Dollar. Die Tschechoslowakei leitete ihre erste halbjährliche Zahlung von 1 500 000 Dollar, Finnland zahlte 180 000, Estland 46 000, Polen 300 000 und Ungarn 40 000 Dollar.

### Deutsch-französische Wirtschaftskonferenz.

Eine Abordnung deutscher Industrieller Gruppen hatte am Donnerstag in der französischen Kammer mit einer Anzahl Parlamentarier eine Aussprache über die Grundlagen einer deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Nach längerem Meinungsaustausch wurde beschlossen, daß eine deutsch-französische Wirtschaftskonferenz, an der Mitglieder des französischen Parlaments, Mitglieder des Reichstages und der Industrie beider Länder teilnehmen würden, im Verlaufe des Januars stattfinden sollte.

### Dr. Schaats Optimismus.

Zu Basel im „Stadt-Kaffee“ sprach Mittwachen abends Reichspräsident Dr. Schaats von der Einladung der Staatsbürgerlich-wirtschaftlichen Gesellschaft über die Lage der deutschen Wirtschaft. Dr. Schaats erinnerte in seiner von harter Zuversicht getragenen Rede an den Zweifel, den man vor zwei Jahren in seinem Optimismus für eine Stabilisierung der deutschen Währung gesetzt habe. Die unvermeidliche Folge der Stabilisierung, die Deflationstheorie, habe zwar durch die anfangs bewilligten hohen Kredite der Reichsbank, das Abziehen von Vorräten und das Zurückziehen deutscher Ausland-Guthaben gemildert werden können, aber die Geldmenge werde langsam vorwärts, und die Deflationstheorie werde noch eine Zeitlang anhalten. Was die deutsche Wirtschaft anbelange, so sei ihm in den Vereinigten Staaten niemals die Frage gestellt worden, ob die deutsche Währung stabil bleibe. Die Reichsbank, die an ihrer jetzigen Kreditpolitik noch längere Zeit festhalten müsse, werde möglicherweise eine Erhöhung des Umlaufes der Zahlungsmittel vornehmen. Aber das Vorkommen dieser dadurch nicht ungünstig beeinflusst werden.

### Preßempfang beim Reichsverband der Deutschen Industrie.

Vor über 200 Vertretern der deutschen Presse wurden Donnerstag abends vom Reichsverband der deutschen Industrie die unter dem Schirm eines Wirtschaftsprogramms angekündigten Vorschläge des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands der Öffentlichkeit übergeben. Die Unterbilanz der Ausgaben für 1924 sei zwar auf vier Milliarden zu schätzen, das sei aber unbedenklich, weil ein großer Teil der Einbuhr zum Auffüllen der Lager verwendet wurde. Das bedeutendste Moment sei die liegende Arbeitslosigkeit. Die Lösung bestehe darin, einen entscheidenden Aufschwung der deutschen Wirtschaft oder durch koloniale Betätigung abgeholfen werden. Rückblickend könne er sagen, daß der Wille, sich zu behaupten, größer und stärker im deutschen Volk geworden sei.

### Die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul ging in Genf unter lärmenden Randgebungen der dort weilenden etwa 100 türkischen Staatsangehörigen gegen die Entenankarten vor sich.

Die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul ging in Genf unter lärmenden Randgebungen der dort weilenden etwa 100 türkischen Staatsangehörigen gegen die Entenankarten vor sich. Die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul ging in Genf unter lärmenden Randgebungen der dort weilenden etwa 100 türkischen Staatsangehörigen gegen die Entenankarten vor sich.

### Die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul ging in Genf unter lärmenden Randgebungen der dort weilenden etwa 100 türkischen Staatsangehörigen gegen die Entenankarten vor sich.

Die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul ging in Genf unter lärmenden Randgebungen der dort weilenden etwa 100 türkischen Staatsangehörigen gegen die Entenankarten vor sich. Die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul ging in Genf unter lärmenden Randgebungen der dort weilenden etwa 100 türkischen Staatsangehörigen gegen die Entenankarten vor sich.

### Die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul ging in Genf unter lärmenden Randgebungen der dort weilenden etwa 100 türkischen Staatsangehörigen gegen die Entenankarten vor sich.

Die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul ging in Genf unter lärmenden Randgebungen der dort weilenden etwa 100 türkischen Staatsangehörigen gegen die Entenankarten vor sich. Die Abreise der türkischen Delegation nach dem Völkerbundspruch über Mosul ging in Genf unter lärmenden Randgebungen der dort weilenden etwa 100 türkischen Staatsangehörigen gegen die Entenankarten vor sich.

